



**Außerordentliche Kammerversammlung
der Sächsischen Landesärztekammer
gemeinsam mit der
außerordentlichen Vertreterversammlung der
Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen
am Mittwoch, dem 8. März 2006**

- RESOLUTION -

Die Gesundheitspolitik in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit und die Patientenversorgung geführt. Anwachsende Bürokratie, Reglementierung und Rationierung sowie Unterfinanzierung gekoppelt mit einer ständigen Diffamierung der Ärzteschaft gipfeln nun in einem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG). Zudem haben weder die Neuen Versorgungsformen noch die Disease Management Programme oder die Diagnoseorientierten Fallpauschalen an Krankenhäusern zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung oder der finanziellen Entlastung der Krankenkassen beigetragen. Hauptursache dafür ist die große Unkenntnis mit der die rechtlichen Regelungen, zum Teil unter bewusstem Ausschluss der ärztlichen Sachverständigen, entwickelt wurden.

Der eingeschlagene Weg der Bundesregierung steuert das deutsche Gesundheitssystem in ein staatliches Rationierungssystem zu Lasten der Patienten und Ärzte.

Die verfasste Ärzteschaft des Freistaates Sachsen lehnt insbesondere das durch die Koalitionsmehrheit im Deutschen Bundestag verabschiedete „Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG)“ ab. Dieses Gesetz ist nicht geeignet, Ausgabensteigerungen im Arzneimittelsektor sinnvoll zu begrenzen. Der Ausgabenanstieg ist keine Folge vom Verschreibungsverhalten der Ärzte, sondern unter anderen eine Folge der Innovation, der Gesetze und des Anstiegs der Arzneimittelpreise. Zudem ist die verfasste Ärzteschaft an der Erarbeitung dieses Gesetzes nicht beteiligt gewesen und soll es dennoch umsetzen.

- Das geplante Bonus-Malus-System führt zur Rationierung der Versorgung der Bevölkerung, insbesondere chronisch kranker und behinderter Menschen.
- Das Bonus-Malus-System gefährdet die Arzt-Patienten-Beziehung in erheblichem Maße.
- Das Bonus-Malus-System wird zu einer Verschärfung des Ärztemangels führen.
- Dieses Gesetz ist nicht geeignet, die Finanzierung des Systems zu sichern und angemessene Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte zu schaffen.
- Das In-Kraft treten dieses Gesetzes muss gestoppt werden.

Forderungen der verfassten sächsischen Ärzteschaft an die Gesundheitspolitik:

- Sicherung einer patientenorientierten und individuellen Versorgungsstruktur
- Erhalt der wohnortnahen Versorgung
- Erhalt der wichtigen Patienten – Arzt Beziehung
- Sicherung der freien Arztwahl
- Erhalt des Arztberufes als einen freien Beruf
- Versorgungssicherheit für Patienten
- Planungssicherheit für Ärzte
- Leistungsbezogene Honorierung der ambulant und stationär tätigen Ärzte
- Neustrukturierung und Modernisierung der Gebührenordnung
- Neue Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und der Tarifpolitik

Grundlage für den Erfolg einer Reform des Gesundheitswesens muss das zentrale Kriterium der Qualität der erbrachten Leistung sein. Treten dagegen ökonomische Gesichtspunkte in den Vordergrund, wie es derzeit bei leistungsbeschränkenden Budgets oder an den Risikostrukturausgleich gekoppelten Chronikerprogrammen der Fall ist, so führen die Maßnahmen nur zu einem Kampf um den niedrigsten Preis bei gleichzeitiger Rationierung der medizinischen Versorgung.

Die sächsische Ärzteschaft sieht es als ihre Pflicht an, sich zum Nutzen der Patienten an der politischen Diskussion zu beteiligen. Die sächsische Ärzteschaft kann mit ihrem hohen fachlichen Wissen viele Beiträge für eine Weiterentwicklung des Gesundheitssystems leisten. In der Beantwortung der Fragen zur medizinischen Versorgung ist Ärzten Vorrang gegenüber Ökonomen einzuräumen. Ärzte sind an der Ausarbeitung weiterer Reformschritte stärker zu beteiligen und auf Landes- und Bundesebene zu hören. Es ist den immer wiederkehrenden Kampagnen gegen Ärzte entgegenzutreten. Die Diffamierungen in der Öffentlichkeit zerstören das Arzt – Patienten Verhältnis. Diese haben erheblich zum Verlust der beruflichen Zufriedenheit geführt und junge Ärzte zum Ausstieg aus der kurativen Medizin bewegt.

Die Kammerversammlung der Sächsischen Landesärztekammer und die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Vorschläge der deutschen Ärzteschaft für eine Reform des deutschen Gesundheitswesens ehrlich aufzunehmen und im weiteren der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland die Situation der gesundheitlichen Versorgung ehrlich und sachgerecht zu vermitteln. Das Inkrafttreten des Arzneimittelversorgungs – Wirtschaftlichkeitsgesetzes (AVWG) ist auszusetzen.

Die sächsischen Körperschaften sehen sich in der Pflicht mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das AVWG zu Fall zu bringen.